

Antrag

der Fraktion der AfD

Entschließung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 17/7300 –
Landeshaushaltsgesetz 2019/2020 (LHG 2019/2020)

Für unsere Heimat Rheinland-Pfalz – keine Steuergelder für antideutsche Bestrebungen und Organisationen

I. Der Landtag stellt fest:

Es ist Aufgabe der Politik, die Einheit unseres Landes zu fördern und gesellschaftlichen Spaltungstendenzen entgegen zu wirken.

Zurzeit erleben wir in zunehmendem Maße, dass radikale Kräfte sich massiv gegen diese Einheit und die Identifizierung mit unserem Land einsetzen. Auf Demonstrationen werden Parolen wie „Nie wieder Deutschland“, „Deutschland muss sterben“, „We love Volkstod“ oder „Deutschland, du mieses Stück Scheiße“ skandiert. In jüngster Vergangenheit nahmen sogar Landespolitiker an Veranstaltungen teil, auf denen Symbole der Antifa und ähnlicher Gruppierungen offen gezeigt werden. Trotz der Schrecken kommunistischer Gewaltherrschaft bekennen sich Landespolitiker zum Teil offen zum Antifaschismus und dessen Radikalität.

Leider werden solche Aktivitäten bis heute auch noch durch das Land Rheinland-Pfalz finanziell gefördert. Insbesondere im Haushalt des Familienministeriums finden sich zahlreiche Titel, über die Gelder an Organisationen fließen, die offen gegen unser Land und seine Interessen agieren.

So erhält beispielsweise das multikulturelle Zentrum Trier, welches eine Demonstration gegen den Tag der deutschen Einheit organisierte, institutionelle Förderungen in Höhe von 45000 Euro Kapitel 07 03 (Titel 684 13 Nr. 3, S. 64). Auch die offen gegen Deutschland mobilisierende „Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken“ bezieht über den Landesjugendring Zuschüsse aus dem Landeshaushalt (Kapitel 07 05 Titel 684 16 Nr. 1, S. 86).

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- sich gegen alle Formen antideutschen Handelns zu wenden;
- dafür Sorge zu tragen, dass eine unmittelbare und mittelbare Unterstützung antideutscher Organisationen oder Personen aus Steuergeldern nicht stattfindet. Wer sich gegen Deutschland bekennt, den Kampf gegen unser Volk und unser Land betreibt und die Überwindung der deutschen Nation propagiert, darf nicht mit Steuergeldern finanziert werden.

Für die Fraktion:
Dr. Jan Bollinger